
Vorsitz: Belarus

1012. PLENARSITZUNG DES FORUMS

1. Datum: Mittwoch, 1. Juni 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 10.00 Uhr

Schluss: 11.15 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Dapkunas

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

Die aktuelle Sicherheitslage im OSZE-Raum: Belarus (FSC.DEL/223/22 Restr.) (FSC.DEL/224/22 Restr.), Polen, Frankreich (FSC.DEL/227/22 OSCE+), Russische Föderation (Anhang), Frankreich – Europäische Union (FSC.DEL/225/22), Kanada, Schweiz (FSC.DEL/221/22 OSCE+), Vereinigtes Königreich (FSC.DEL/226/22 OSCE+)

Punkt 2 der Tagesordnung: SONSTIGES

(a) *Protokollarische Angelegenheiten:* Schweiz

(b) *Fragen betreffend technische und Dolmetschdienste im Forum für Sicherheitskooperation:* Russische Föderation, Vorsitz

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 8. Juni 2022, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz

1012. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1018, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

ein ehemaliger US-Präsident ließ vor Kurzem verlauten, es sei die Aufgabe der Ukraine, „so viele Russinnen und Russen wie nur möglich zu töten“. Diese Äußerung erklärt in aller Schlichtheit, warum der „zivilisierte“ Westen all die Jahre nichts von unserer berechtigten Sorge hören wollte, die Ukraine werde in die NATO hineingezogen, die öffentliche Weigerung der ukrainischen Regierung, die Minsker Vereinbarungen und die Resolution 2202 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen umzusetzen, nicht wahrhaben wollte, und auch für die konstruktiven russischen Vorschläge taub geblieben ist, den OSZE-Grundsatz, die eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer zu stärken, rechtlich abzusichern. Wir haben es hier mit Doppelmoral, Arroganz, einem völlig ungerechtfertigten subjektiven Überlegenheitsgefühl und einer kolonialen Mentalität des kollektiven Westens zu tun, der glaubt, einen Grundpfeiler der Charta der Vereinten Nationen, nämlich die souveräne Gleichheit der Staaten, offen missachten zu dürfen.

Die Mitgliedsländer der Nordatlantischen Allianz haben nicht nur das Blut der Völker des ehemaligen Jugoslawiens, des Irak und Libyens, sondern auch das der Zivilbevölkerung des Donbass an ihren Händen. Die politische Praxis zeigt, dass der Einsatz von Truppen und Kampfflugzeugen zur Unterdrückung abweichender Meinungen für sie die Norm, mehr noch, die Königsdisziplin der Demokratie und der europäischen Werte ist. Wenn es unsere Kolleginnen und Kollegen drängt, uns vom Gegenteil zu überzeugen, sollten sie zunächst folgende Frage beantworten: Warum hat Europa dazu geschwiegen, als die ukrainische Regierung nach dem verfassungswidrigen Staatsstreich von 2014 acht endlose Jahre lang ungestraft die russischsprachige Bevölkerung in bestimmten Gebieten der Regionen Donezk und Luhansk massakrierte? Ich erlaube mir, an ihrer Stelle zu antworten: Weil Europa damit beschäftigt war, die ukrainischen Nationalistinnen und Nationalisten mit Waffen und militärischer Ausrüstung auszustatten, womit sie gegen die politisch-militärischen Verpflichtungen der OSZE verstoßen haben.

Heute ist auch die letzte Maske gefallen. Milliarden von Dollar aus den Staatshaushalten der NATO-Mitgliedstaaten werden in einen „Stellvertreterkrieg“ mit Russland gepumpt, in dem die Ukraine lediglich ein Werkzeug zur Durchsetzung der gegen Russland gerichteten Ziele der Vereinigten Staaten von Amerika und ihrer Satelliten ist. Während die

Politikerinnen und Politiker der europäischen und nordamerikanischen Länder sich krampfhaft immer neue Sanktionen gegen Russland ausdenken, müssen ihre eigenen Bürgerinnen und Bürger Inflation und Rekordpreise für lebenswichtige Güter verkraften. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Gallup sind 83 Prozent der Bürgerinnen und Bürger der Vereinigten Staaten der Ansicht, dass sich die US-Regierung nicht um die Dinge kümmert, die für die Menschen wichtig sind, die nicht einmal das Nötigste haben, um ihre Kinder zu ernähren. Die einfachen Menschen müssen den Preis für den Hass westlicher Politikerinnen und Politiker auf das russische Volk zahlen.

Ein paar Worte zur Frage der Ernährungssicherheit, die unsere Kolleginnen und Kollegen im Forum für Sicherheitskooperation (FSK) zur Sprache gebracht haben, auch wenn sie weit über den Rahmen des Mandats des Forums hinausgeht. Die besorgniserregende Lage auf dem Weltmarkt für Lebensmittel wurde gerade durch die Sanktionen des Westens gegen Russland ausgelöst, die zur Unterbrechung der globalen Netze für Logistik und Verkehrsinfrastruktur geführt haben. Russland hat alles in seiner Macht Stehende getan, um das Nahrungsmittelproblem zu lösen. Wenn die ukrainische Regierung das Problem der verminten Häfen löst, wird die russische Marine dafür sorgen, dass Schiffe mit Getreide ungehindert ins Mittelmeer fahren können.

Herr Vorsitzender,

die militärische Spezialoperation der Russischen Föderation ist eine Präventivmaßnahme, zu der wir uns gezwungen sahen, da die Bedrohungen für die Sicherheit unseres Landes und seiner Verbündeten ein unannehmbares Ausmaß erreicht hatten. Die Operation erfolgt auf offizielles Ersuchen der souveränen Staaten Volksrepublik Donezk (DPR) und Volksrepublik Luhansk (LPR) sowie im Einklang mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen, in dem das Recht auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung verankert ist. Unsere Ziele sind völlig offensichtlich, nämlich der Schutz der Zivilbevölkerung im Donbass, die Entmilitarisierung der Ukraine, was die Beseitigung aller Waffen auf ihrem Hoheitsgebiet bedeutet, die Russland und unsere Verbündeten bedrohen, und die Entnazifizierung, das heißt die Ausmerzung der Nazi-Ideologie, die die ukrainische Gesellschaft bis ins Innerste durchdrungen hat.

Der Vormarsch der Truppen der Donbass-Republiken, die von den Streitkräften der Russischen Föderation unterstützt werden, verläuft reibungslos und nach Plan. Seit Beginn der Spezialoperation wurden fast die gesamte LPR, bedeutende Gebiete der DPR, die gesamte Region Cherson und wesentliche Teile der Regionen Charkiw und Saporischschja befreit. In der vergangenen Woche wurden die Städte Krasnyj Lyman, Switlodarsk und Sjewjerodonezk vollständig von den verbündeten Truppen eingenommen. Die Vertreibung des Feindes aus Toschiwka hat den Weg nach Lyssytschansk frei gemacht, wo eine Gruppe von Nationalisten mehr oder minder eingekesselt ist. In den befreiten Gebieten ist das Leben wieder friedlich, Wirtschaft und Industrie leben wieder auf, die Infrastruktur wird wiederhergestellt, die Minenräumung wurde in großem Umfang aufgenommen.

Von unseren Kolleginnen und Kollegen im FSK hören wir regelmäßig, die Spezialoperation komme nicht mehr richtig voran und ein angeblicher „Plan A“ Russlands sei gescheitert. Wir müssen sie enttäuschen. Das Tempo der Offensive in der Ukraine wurde aus zwei Gründen verlangsamt: zur Ankündigung von Feuerpausen, damit sich die Bewohnerinnen und Bewohner der eingekesselten Siedlungen über humanitäre Korridore in

Sicherheit bringen können, und zur Erhaltung der zivilen Infrastruktur. Wir tun das ganz bewusst, um Opfer unter der Zivilbevölkerung zu vermeiden.

Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass die Europäische Union und die NATO-Staaten nicht daran interessiert sind, das Leben der Zivilbevölkerung zu schützen. Sie haben ihre Ziele ganz klar formuliert, nämlich Russland eine Niederlage auf dem Schlachtfeld beizubringen. Und dazu ist es notwendig, die Kämpfe in die Länge zu ziehen, indem man die ukrainischen Nationalistinnen und Nationalisten massiv mit Waffen versorgt. Nach den vorliegenden Informationen wurde zu Beginn der Spezialoperation eine Gruppe von etwa hundert Militärangehörigen aus 30 verschiedenen Ländern an einem Militärstützpunkt in Europa zusammengestellt, die den Rüstungsbedarf der ukrainischen Regierung im Auge behalten und feststellen sollte, auf welche Weise dieser am besten gedeckt werden könne. Einige für die Ukraine bestimmte Waffentypen wurden unter dem Deckmantel der NATO-Großübung „DEFENDER-Europe 2022“ verlegt. Und nach all dem möchten uns die westlichen Länder gern glauben machen, dass sie sich nicht in die Lage in der Ukraine einmischen.

Seit Ende Februar haben allein die Vereinigten Staaten der Ukraine mehr als 23 000 Tonnen Waffen und militärische Ausrüstung geliefert. Anscheinend hat die US-Regierung nunmehr beschlossen, den Einsatz noch weiter zu erhöhen. Unsere Bewertung des neuen (elften) Militärhilfepakets der Vereinigten Staaten für die Ukraine, das auch HIMARS-Raketensysteme umfasst, fällt äußerst negativ aus. Wir sind wenig erfreut über die Versuche der Vereinigten Staaten, die Lieferung dieser Systeme mit der Behauptung zu verbrämen, diese dienten unter anderem auch der „Einhegung“ oder „Selbstbeschränkung“. Wie auch immer man dies jenseits des Atlantiks zu rechtfertigen versucht, erhöhen die Lieferungen solcher Waffen das Risiko einer direkten Konfrontation zwischen Russland und den Vereinigten Staaten. In diesem Zusammenhang sei auf folgenden kuriosen Zufall hingewiesen: Am 24. Mai wurde im Rahmen der Militärübung „DEFENDER-Europe 2022“ auf der dänischen Insel Bornholm die Funktionsfähigkeit des in den USA hergestellten M142 *High Mobility Artillery Rocket System* (HIMARS) getestet. Dieses System ist in der Lage, operativ-taktische Flugkörper mit einer Reichweite von bis zu 500 km abzufeuern, und könnte möglicherweise für Angriffe auf Ziele in der Region Kaliningrad eingesetzt werden. Wir warnen die Vereinigten Staaten und ihre Satelliten nachdrücklich davor, dass ein solcher Schritt als militärischer Angriff auf unser Land gewertet und unweigerlich zu einer untragbaren Eskalation des Konflikts führen würde. Wir bringen erneut die Hoffnung zum Ausdruck, dass man dies in Washington, D.C., verstehen möge, und würden empfehlen, von der Lieferung solcher Systeme an die Ukraine und ihre Nachbarstaaten abzusehen.

Wie wir sehen, haben die ukrainischen Behörden und ihre angelsächsischen Hintermänner ihre Pläne zur Einnahme der Schlangeninsel (Smijinyj) noch nicht aufgegeben. Es ist durchaus möglich, dass im Rahmen einer neuen Operation Langstreckenwaffen aus US-Produktion eingesetzt werden. Der ukrainische Verteidigungsminister Oleksij Resnikow macht keinen Hehl daraus, dass die ukrainische Regierung davon ausgeht, in Kürze mit Harpoon-Antischiffsraketen und landgestützten Raketenwerfern beliefert zu werden. Die Vereinigten Staaten haben bereits damit begonnen, ukrainisches Militärpersonal im Umgang mit diesen Raketen zu schulen. Wir betonen, dass jeder Versuch, auf der Schlangeninsel Rache zu nehmen, schonungslos vereitelt wird.

Herr Vorsitzender,

die ukrainische Regierung massiv mit immer neuen Waffen zu versorgen, fördert lediglich ihre Illusion, dass die Probleme in den russisch-ukrainischen Beziehungen ausschließlich mit militärischen Mitteln gelöst werden können, und ist nicht geeignet, die politische und diplomatische Atmosphäre herzustellen, deren es für eine Deeskalation der Lage in der Ukraine unbedingt bedarf. Dieses fatale Vorgehen wird äußerst negative Folgen für Europa selbst haben. Dessen wird man sich in den europäischen Hauptstädten allmählich bewusst. So hat die EU-Kommissarin für Inneres, Ylva Johansson, erklärt, dass die beträchtliche Menge an Waffen und Munition, die nach Beendigung der Kämpfe im ukrainischen Hoheitsgebiet verbleiben wird, illegal wieder nach Europa zurückgebracht und in der Folge von kriminellen Banden in Schweden verwendet werden könnte. Die Exekutivdirektorin von Europol, Catherine De Bolle, hat diesbezüglich ebenfalls Bedenken geäußert. Die Europäische Union und Europol planen derzeit zusätzliche Maßnahmen, die verhindern sollen, dass Waffen in die Hände von Kriminellen gelangen. In diesem Zusammenhang möchten wir unseren Kolleginnen und Kollegen raten, nicht den Ast abzusägen, auf dem sie sitzen, indem sie massive Bedrohungsrisiken provozieren, wenn die Waffen und die Munition, die sie in die Ukraine liefern, in den illegalen Verkehr gelangen.

Die russischen Truppen setzen die Entmilitarisierung des Nato-freundlichen militärischen „Brückenkopfs“ in der Nähe unserer Grenzen fort. Seit Beginn der militärischen Spezialoperation wurden 184 Flugzeuge, 128 Hubschrauber, 1 070 unbemannte Luftfahrzeuge, 325 Flugabwehrraketensysteme, 3 342 Panzer und andere gepanzerte Kampffahrzeuge, 454 Mehrfachraketenwerfer, 1 738 Feldartilleriegeschütze und Mörser sowie 3 311 taktische Spezialfahrzeuge zerstört. Die Raketenangriffe auf militärische Infrastruktureinrichtungen werden intensiviert. Mit Hochpräzisionswaffen wurden kritische Elemente der logistischen Infrastruktur der ukrainischen Streitkräfte in den zentralen und westlichen Regionen des Landes angegriffen. Die Ausschaltung von Instandsetzungswerken und Betriebsstofflagern nimmt dem Gefechtsverband der ukrainischen Truppen im Donbass die Möglichkeit, im Falle einer Großoffensive von Truppenteilen der Streitkräfte der Russischen Föderation und der Volksmilizen der DPR und der LPR Widerstand zu leisten.

Die Förderung des ukrainischen Nationalismus durch westliche Gönner führt zu einer Radikalisierung der in der Ukraine aktiven Kämpferinnen und Kämpfer, unter denen sich Tausende von ausländischen Söldnern befinden. Wir möchten Sie daran erinnern, dass die ukrainischen Botschaften in der ganzen Welt unter Verletzung des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen von 1961 weiterhin Ausländer anwerben, die dann in der Kampfzone eingesetzt werden. Diese „Wildgänse“ werden in den sicheren Tod geschickt, wie es US-Söldner, die in der Ukraine gewesen waren, kürzlich in einem Interview mit der *Washington Post* beschrieben haben.

Der russische Untersuchungsausschuss ermittelt derzeit, um die Rolle von Ben Grant, der mit einem britischen Parlamentarier verwandt ist, bei den Kampfhandlungen in der Ukraine zu klären: Er soll einen Angriff einer Gruppe westlicher Söldner auf russische Militärausrüstung geleitet haben. In der DPR müssen solche „Glücksritter“, wie die Briten Shaun Pinner und Andrew Hill, damit rechnen, nach dem Kriegsrecht vor Gericht gestellt und möglicherweise zum Tode verurteilt zu werden. Die Verbrechen der Söldner werden nicht ungesühnt bleiben. Sagen Sie hinterher nicht, wir hätten Sie nicht gewarnt.

Die Moral und der psychische Zustand des ukrainischen Militärs an der Frontlinie verschlechtern sich zusehends. Die Soldatinnen und Soldaten weigern sich, Kampfaufträge zu erfüllen, und beklagen sich über den Mangel an Lebensmitteln und die unmenschliche Haltung ihrer Kommandierenden, die sie wie Kanonenfutter direkt vor die Panzer jagen. Viele haben sich ergeben. Allein in den letzten Wochen haben ukrainische Kämpferinnen und Kämpfer nicht weniger als zehn Video-Appelle an Wolodymyr Selenskyj aufgenommen. Es ist bezeichnend, dass die ukrainischen Behörden, anstatt ihr militärisches Personal zu unterstützen, die Mitglieder der 115. Brigade, deren beklagenswerten Zustand wir letzstens erwähnt haben, hinter Gitter gebracht haben. Wir wiederholen noch einmal, dass das Kommando der russischen Kampfgruppe in der Ukraine bereit ist, Militärangehörigen der ukrainischen Streitkräfte die freiwillige Kapitulation zu erleichtern, indem man ihnen unter anderem zusichert, dass sie mit dem Leben davonkommen und im Einklang mit der Genfer Konvention über Kriegsgefangene behandelt werden.

Herr Vorsitzender,

angesichts der sich verschlechternden Lage im Donbass greifen die Behörden in Kyjiw mittlerweile zu einer Taktik massiver gezielter Provokationen, um die westlichen Länder zu veranlassen, den Sanktionsdruck auf Russland zu verstärken. Trotz des anfänglichen Aufschreis der Öffentlichkeit wurden die blutigen Provokationen der ukrainischen Behörden in den Städten Butscha und Kramatorsk, mit denen Russland des Völkermords an Ukrainerinnen und Ukrainern beschuldigt werden sollte, schließlich von europäischen Medien aufgedeckt.

Was jedoch erschüttert, ist etwas anderes, nämlich die zynische Ignoranz des Westens gegenüber den anhaltenden Kriegsverbrechen ukrainischer Neonazis im Donbass.

In der Region Cherson verwendeten ukrainische Kämpferinnen und Kämpfer Uragan-Mehrfachraketenwerfer, um das Dorf Nowowoskresenske mit 220-mm-Streumunition für die Fernverminung zu beschießen. Die ungelenkten Flugkörper waren mit mehr als 600 Antipersonenminen vom Typ PFM-1S bestückt. All das geschieht, während die ukrainische Regierung versucht, die internationale Gemeinschaft von ihrer humanen Haltung gegenüber der Zivilbevölkerung zu überzeugen. Nun, die Schwächen des Vorgehens der ukrainischen Behörden treten immer deutlicher zutage. Sie gehen recht frei mit den Fakten um, oder einfacher ausgedrückt, alle diese Lügen kommen letztendlich ans Tageslicht.

In den letzten Tagen haben die Neonazis ihren Beschuss des Hoheitsgebiets der DNR erheblich verstärkt. Selbst Gebiete, die bisher als „rückwärtig“ galten und nur 2014 unter Artilleriebeschuss standen, werden seit mehreren Tagen beschossen. Am 30. Mai wurden mehrere Schulen in der Stadt Donezk gleichzeitig beschossen, und zwar die Schulen Nr. 5 und 22. Dabei wurden sechs Personen getötet, darunter auch Schulpersonal; 14 Personen wurden verletzt. Augenzeugenberichten zufolge fand der Beschuss statt, als die Kinder gerade ihre zentrale Abschlussprüfung ablegten. Auf den Bildschirmen können unsere Kolleginnen und Kollegen den Krater sehen, der durch den Einschlag einer 155-mm-Granate entstanden ist, die am 29. Mai von einer britischen Panzerhaubitze M777 abgefeuert wurde. Die Delegationen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs können sich so mit den Ergebnissen des Einsatzes der Waffen vertraut machen, die sie den Nationalistinnen und Nationalisten freundlicherweise zur Verfügung gestellt haben.

Die Zerstörung der zivilen Infrastruktur und die Auslöschung der Zivilbevölkerung durch eine wohl bekannte Taktik der verbrannten Erde der USA, bei der mit Hilfe von Artillerie mit großer Reichweite tief hinter den feindlichen Linien zugeschlagen wird, um die Kampfmoral der gegnerischen Soldatinnen und Soldaten zu schwächen und sie in Angst um ihre Verwandten und Angehörigen im Hinterland zu versetzen. Dies war die Absicht der brutalen Provokation in Stachanow am 30. Mai, als die feindlichen Streitkräfte das Feuer auf das Umfeld der Schule Nr. 9 eröffneten und dabei zwei schwangere Frauen töteten und 24 Menschen, darunter acht Kinder, verletzten. Gestern wurde ein fünfjähriges Kind während eines Artillerieangriffs auf Makijiwka durch ein Geschoss aus einem Grad-Mehrfachraketenwerfer getötet. Ich möchte meine Kolleginnen und Kollegen darauf hinweisen, dass die Menschen im Donbass seit nunmehr acht Jahren unter solchen Umständen leben müssen.

Wir verurteilen diese barbarischen Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung auf das Schärfste. Der Untersuchungsausschuss der Russischen Föderation wird alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um festzustellen, welche Mitglieder der ukrainischen bewaffneten Formationen an diesen Verbrechen beteiligt waren, damit sie strafrechtlich verfolgt werden können.

Herr Vorsitzender,

die russische FSK-Delegation hat wiederholt erklärt, dass in Biolabors auf ukrainischem Hoheitsgebiet mit Unterstützung der *Defense Threat Reduction Agency* des US-Verteidigungsministeriums und ihr nahestehender Unternehmen Aktivitäten im Bereich biologischer Waffen durchgeführt wurden, die gegen Artikel I und IV des Übereinkommens über biologische Waffen und Toxinwaffen (BWÜ) verstoßen. In diesen Biolabors wurden Materialien entdeckt, die von US-Ausbilderinnen und -Ausbildern zur Schulung ukrainischer Fachleute für Sofortmaßnahmen im Falle eines natürlichen Pockenausbruchs verwendet wurden. Uns ist klar, dass eine Rückkehr des Pockenerregers die gesamte Menschheit in eine globale Katastrophe stürzen würde. Das liegt daran, dass diese Erreger genauso ansteckend sind wie COVID-19, aber zehnmal tödlicher. Darüber hinaus wurde in der Ukraine ein Projekt mit der Bezeichnung „UP-4“ durchgeführt, um die Möglichkeit der Ausbreitung besonders gefährlicher Infektionskrankheiten durch Zugvögel zu untersuchen; im Rahmen dieses Projekts wurden etwa tausend biologische Proben gesammelt. Wir werden Ihnen ausführliches Informationsmaterial zu diesem Thema zukommen lassen. Die Russische Föderation bereitet derzeit ein Paket von Dokumenten in der Absicht vor, die Mechanismen nach Artikel V und VI des BWÜ zu aktivieren. Sobald die Zusammenstellung dieser Unterlagen abgeschlossen ist, werden wir im Rahmen des BWÜ und des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen die in den genannten Artikeln des Übereinkommens vorgesehenen Verfahren einleiten. Die diesbezüglichen Sitzungen werden öffentlich sein.

Herr Vorsitzender,

die westlichen Hintermänner der ukrainischen Regierung, die im Laufe dieser Jahre einen NATO-freundlichen militärischen „Brückenkopf“ in der Nähe der Grenzen der Russischen Föderation aufgebaut haben und die Ukraine weiterhin mit tödlichen Waffen überschwemmen, tragen fraglos die Verantwortung für den Ausbruch und die Verschärfung der Krise in der Ukraine. Denn wenn ein Hund von seinem Halter auf einen Nachbarn gehetzt wird, ist der Hundehalter der Schuldige. Den Preis für diese „Pseudo-Hilfe“ bezahlt seither ganz eindeutig mehr als eine Generation von Ukrainerinnen und Ukrainern. Die Russische

Föderation wird all jenen, die vor dem ständigen Beschuss und den Übergriffen der ukrainischen Nationalistinnen und Nationalisten fliehen, auch weiterhin mit Rat und Tat zur Seite stehen und die Ziele, die Präsident Putin für die militärische Spezialoperation gesetzt hat, erreichen, um in die befreiten Gebieten der Ukraine und des Donbass Frieden und Wohlstand zu bringen.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche darum, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.